

## Editorial

# Plädoyer für eine Wiederbelebung der Weltmarktdiskussion

Die ökonomische Entwicklung der letzten zehn Jahre steht eindeutig im Zeichen eines Umbruchs der Weltwirtschaft. Erinnern wir uns kurz: Mit der Weltwirtschaftskrise 1974/75 wurde die lange Prosperitätsphase der Nachkriegszeit beendet, die Zeiten hoher und stetiger realer Wachstumsraten für die Kernländer des entwickelten Kapitalismus sind seitdem passé. Angekündigt hat sich dieser *Strukturbruch* durch zwei weltwirtschaftliche Ereignisse: im Jahr 1971 mußte die Regierung Nixon die Goldkonvertibilität des US-Dollar, einer der Stützpfeiler des Weltwährungssystems von Bretton Woods, aufkündigen und im Gefolge des Nahostkrieges kam es zu einer drastischen Steigerung des Preises für eine zentrale stoffliche Grundlage des westlichen Wachstums- und Konsummodells, für Erdöl. Dem internationalen Aufstieg von OPEC- und einigen Schwellenländern zu einer ökonomischen und politischen Macht korrespondierte ein relativer ökonomischer Abstieg der USA sowie der westeuropäischen Kapitalismen.

Länder der Dritten Welt konnten sich aus ihrer Rolle von Rohstoff- und Nahrungsmittelbasen für die kapitalistischen Kernländer befreien und zu Anbietern von — konkurrenzfähigen — Industriegütern aufsteigen und auf diesem Wege die etablierte internationale Arbeitsteilung infrage stellen. Zunächst nur von wenigen Beobachtern registriert, kam es zu einer tiefgreifenden Umstrukturierung der internationalen Geld- und Kreditverhältnisse in Gestalt des transnationalen Bankensystems. Kurzum, das internationale Regulationsgefüge der langen Prosperität wurde im Laufe der siebziger Jahre ebenso unterhöhlt wie das Gefüge der internationalen Tausch- und Produktionsstrukturen.

Dieser rasanten weltwirtschaftlichen Entwicklungsdynamik steht eine Stagnation — nicht allein marxistischer — Weltmarkttheorien gegenüber. Während für die Entstehung des Kapitalismus — durch den Vergleich der historischen Bedingungen des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus mit den entwicklungssoziologischen Voraussetzungen der Entwicklung der Unterentwicklung — durch die Arbeiten von Immanuel Wallerstein und Dieter Senghaas wichtige Neuanstöße ausgegangen sind, scheint das Erklärungspotential dieser Entwürfe im Sinne einer Theorie der Weltmarktentwicklung, insbesondere für die Phase nach dem Zweiten Weltkrieg wenig ergiebig zu sein.

Die inzwischen mehr als zehnjährige Arbeit am Forschungsprogramm des Weltsystemansatzes hat eine Reihe instruktiver Problemanalysen erbracht, die für die Konzipierung einer Theorie der Weltwirtschaft von Bedeutung zu sein vermögen. Doch gehen mit der Behauptung strukturkonstanter Kategorien, mit denen eine Entwicklung vom 16. Jahrhundert bis heute erfaßt werden soll, die jeweiligen Spezifika der weltwirtschaftlichen Entwicklung unter. Dies läßt sich gut am Wallersteinschen Konzept der Hegemonialzyklen demonstrieren, wo »institutionelle Innovationen« wie die Entstehung eines transnationalen Bankensystems (vgl. *Alex Schubert*) hinsichtlich ihrer Strukturelevanz ausgeblendet werden. Diese Unterbelichtung verkennt im Gefolge Veränderungen der materiellen Grundlagen von Hegemonie und damit auch der hegemonialen Praktiken.

Gemessen an diesen empirisch-historisch orientierten Bemühungen zur Konzipierung einer Theorie der Weltwirtschaft zeigt die marxistische Weltmarktdiskussion in der Bundesrepublik ein unterentwickeltes Bild: Die vielfältigen theoretischen Anstrengungen Ende der sechziger Jahre sind heute weitgehend versandet und relevante, sich aus der empirischen Realität aufdrängende Probleme wurden schon gar nicht mehr aufgenommen. *Klaus Busch*, einer der Protagonisten dieser Debatte, kann in seiner Kritik an Immanuel Wallerstein die immanenten Schwächen und Defizite des Weltsystemansatzes, der in weiten Teilen eine Reformulierung der *dependencia*-Theorie verkörpert, überzeugend aufzuzeigen; soweit er jedoch selbst positive Hinweise für die Fortschreibung einer Theorie der Weltwirtschaft gibt, setzt er sich mit seiner Favorisierung des Theorems der modifizierten Wirkungsweise des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt einer Kritik aus, wie sie von *Elmar Altvater* in diesem Heft geführt wird. Einige andere der »Großtheorien« mußten sogar geradezu ihr Desaster erleben, wurden ihre zentralen Thesen doch von der faktischen Entwicklung falsifiziert. So dürfte es angesichts des Aufstrebens industrieller Schwellenländer analytisch nicht länger sinnvoll sein, die 'Peripherie' der kapitalistischen Weltwirtschaft als bloße Funktion des 'Zentrums' anzusehen, also das Verhältnis zwischen Metropolen und Ländern der Dritten Welt als Nullsummenspiel zu konzipieren: »Wirtschaften, die über Abhängigkeiten sich reproduzieren«, so konnte *Dieter Senghaas* vor mehr als einem Jahrzehnt noch zustimmend die lateinamerikanische *dependencia*-Theorie resümieren, »sind unter anderem gekennzeichnet durch eine Exportorientierung, die auf Grund einer zwangsmäßigen Interaktion mit den kapitalistischen Metropolen sich herausgebildet hat; Monokultur; Arbeitskräfte freisetzende, kapitalintensive Produktion bei wachsendem Überangebot von Arbeitskraft; Marginalisierung; versteckte Arbeitslosigkeit; Aufblähung des tertiären Sektors; Verschwendungskonsum nationaler Eliten; Entnationalisierung nationaler Wirtschaften...« Heute wirft *Ulrich Menzel*, einer der engsten Mitarbeiter von Senghaas und Mitverfechter dieser Theorietradition, die Frage auf, »wieviele Ausnahmen eine Theorie zuläßt, um als falsifiziert zu gelten«. Taiwan und Südkorea, zwei »Entwicklungsmodelle« auf die sich Menzel zur Legitimation dieser Frage bezieht, jedenfalls Nicht etwa trotz sondern gerade *wegen* ihres hohen Maßes an Weltmarktintegration, nicht etwa trotz sondern gerade *wegen* ihrer (jungen) historischen Erfahrung der Abhängigkeit von einer imperialistischen Macht (Japan) erfuhren beide Länder einen Modernisierungsschub, der, so *Ulrich Menzel*, eine relativ breite Beteiligung der Lohnabhängigen an den ökonomischen Ergebnissen mit einschloß.

Diesen ökonomischen Gratifikationen entspricht allerdings in Taiwan und Südkorea, wie in den meisten anderen Ländern dieser Gruppe, ein Ausschluß demokratischer Kräfte aus dem politischen System. Es handelt sich um Entwicklungsdiktaturen oder, bezogen auf Lateinamerika, um Typen eines bürokratisch-autoritären Staates, wie sie von *Guillermo O'Donnell* in *PROKLA* 52 analysiert wurden: Solche Typen von Regimes sind u.a. dadurch charakterisiert, »daß die Zugangskanäle für jede politische Repräsentation von Interessen des einfachen Volkes bzw. der unteren Klassen geschlossen werden. Ein solcher Zugang wird in ihm auf diejenigen beschränkt, die an der Spitze großer privater ebenso wie öffentlicher Organisationen stehen, insbesondere der Streitkräfte und der großen oligopolistischen Unternehmen.« Angesichts dieser Gemeinsamkeit drängt sich die Frage auf, ob ein »Geheimnis« des Entwicklungsganges solcher Länder nicht gerade darin besteht, daß das Spannungsverhältnis zwischen kapitalistischer Modernisierung und politischer Demokratie zugunsten autoritärer Strukturen aufgelöst ist?

Doch ist an dieser Stelle vor schnellen, durch einzelne Fallanalysen gewonnenen Schlußfolgerungen zu warnen. Schon ein Blick auf andere Länder dieser Region, wie beispielsweise die Philippinen, zeigt, daß autoritäre und diktatorische Regime keine Garanten für eine (erfolgreiche) kapitalistische Modernisierung darstellen.

Können Einzelfallanalysen von Ländern bzw. nationalen Gesellschaften durchaus dazu beitragen, deterministische Strukturaussagen, wie sie Großtheorien eigen sind, zu relativieren oder in Frage zu stellen, so sind sie freilich kein Ersatz für ein theoretisches Verständnis der besonderen Qualität Weltwirtschaft. Wallerstein hat ja in dem Punkt ganz Recht, daß er den modernen Kapitalismus als ein Weltsystem begreift; nur stellt sich die Frage, wie dieses strukturiert ist, wenn die Argumentation des »Weltsystemansatzes« so wenig überzeugend ist. Der positivistische Rückzug auf die Sammlung und Verknüpfung von Daten aus möglichst vielen Ländern und die Herausarbeitung von Indikatoren für Interdependenzzusammenhänge ist auch wenig befriedigend, eher Ausdruck der Resignation denn Erfolg versprechendes Projekt. Vielleicht hat das Ungenüge an den Weltmarkttheorien auch damit zu tun, daß sie trotz globalem Anspruch doch sehr segmental vorgegangen sind, wenn man die Vielschichtigkeit des gesellschaftlichen Verhältnisses, das das Kapital darstellt, berücksichtigt. Die Kategorien der Weltmarktanalyse: Ungleichmäßigkeit und Ungleichzeitigkeit der Entwicklung, Ungleichheit des Tausches — verstanden entweder als Nicht-Äquivalenz der Werte oder der Nicht-Äquivalenz von Arbeitsquanta bei Wertäquivalenz —, internationale Arbeitsteilung, imperialistische Ausbeutung etc. haben gegenüber den »realen« Verhältnissen die »monetäre« Seite im Schatten gelassen und sich gerade dann als so unbefriedigend herausgestellt, als die Geld- und Kreditkrise offen zu Tage trat. Diese Vernachlässigung hatte aber auch zur Konsequenz, daß Hegemonialausübung in der Weltgesellschaft nicht in ihrer Vermittlung über das Medium Geld analysiert worden ist. Folglich: eine Weiterführung der Weltmarkttheorie muß dem Geld als dem »Kuppler aller Beziehungen« Rechnung tragen. Nun wäre es nicht korrekt, wenn hier tabula rasa konstatiert würde. Es gibt Ansätze, auch »Einzelfallanalysen«, z.B. des monetären Weltmarkts, an denen die »Großtheorien« genauso zu reflektieren sind, wie an den Einzelfallanalysen von nationalen Gesellschaften. Vielleicht ist durch eine Öffnung der Diskussion in diese Richtung die Patt-Situation zwischen verschiedenen »Ansätzen« zu überwinden.

Angesichts des tiefgreifenden Fragmentierungsprozesses, den die 'Peripherie' der kapitalistischen Weltwirtschaft seit den späten sechziger Jahren durchlief, erscheint eine Redimensionierung der »großen Kategorien« in der Tat angebracht: Die »industriellen Schwellenländer« (Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur in Asien; Brasilien und Mexiko in Lateinamerika) konnten zwischen 1967 und 1977 ihren Anteil am Welthandel mit Erzeugnissen der verarbeitenden Industrie kontinuierlich ausbauen; die erdölproduzierenden Länder entwickelten sich zu bedeutenden Polen des internationalen Kredit-system; ein großer Rest der Länder der Dritten Welt verlor hingegen in dieser Phase den Anschluß an diese Entwicklungsdynamik. Diese Entwicklungsvielfalt kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß alle diese Entwicklungen im Rahmen *eines* kapitalistischen Weltsystems erfolgen, das ebenso Potentiale wie Blockaden von Entwicklung schafft. Am sichtbarsten wurde dieser internationale systemische Zusammenhang durch die Verschuldungskrise von 1982. Nicht wenige der zu der Gruppe der »industriellen Schwellenländer« gezählten Aufsteiger der siebziger Jahre gehören zur gleichen Zeit zu den höchstverschuldeten Staaten der Welt. Die finanz- und kreditökonomischen *Möglichkeiten* einer außenfinanzierten Industrialisierung von Drittweltländern, die von einigen Staaten in schon fast gigantischem Maße genutzt wurden, eröffneten sich erst im

Zuge der Akkumulationskrise der entwickelten kapitalistischen Länder während der siebziger Jahre. Die rasch anschwellenden internationalen Kreditfonds in Gestalt der transnationalen Banken speisten sich vornehmlich (a) aus der Profitmasse der entwickelten Kapitale, die angesichts des Rückgangs der Durchschnittsprofite ihre Portfolios diversifizierten und die realisierten Profite verstärkt im — nationalen und internationalen — Kreditsystem »parkten« sowie (b) aus den Ölrenten einiger OPEC-Länder, deren interne Absorptionsfähigkeit geringer war als die Einnahmen aus den Erdölexporten. Auf diese Weise verzeichneten die internationalen Kreditmärkte während einer Phase rückläufigen und sogar stagnierenden Welthandelswachstums jahresdurchschnittliche reale Zuwachsraten von etwa 20 vH. Das hohe Kreditangebot beließ die Zinsrate auf einem niedrigen Niveau, so daß die Industrialisierungsprojekte vieler Drittweltländer komparativ günstig durch externe Kredite finanziert werden konnten. Die mit jeder außenfinanzierten Industrialisierung verbundenen Aufbringungs- und Transferprobleme schienen unter Bedingungen eines relativ niedrigen Zinsniveaus, eines relativ niedrigen Kurses des Weltgeldes Dollar sowie angesichts der Welthandelszuwächse dieser Länder durchaus kalkulierbar: Trotz der langen Inkubationszeiten der Investitionsprojekte und der dadurch hinausgeschobenen Wirtschaftlichkeits-, sprich: Rentabilitätszeitpunkte, wurden von den etablierten Exportsektoren ausreichende Deviseneinnahmen erwartet, um den Zins- und Tilgungsdienst leisten zu können.

In vielen Fällen gingen beide Kalkulationen nicht auf: Außenfinanzierte Industrieprojekte entpuppten sich als Fremdkörper innerhalb eines heterogenisierten Produktionssystems und waren häufig genug hinsichtlich technologischer Vorleistungen stark importabhängig; soweit die ersten Investitionsprojekte aber ausgereift waren, trafen sie auf eine verschlechterte Weltkonjunktur. Neue Kredite mußten aufgenommen werden, um den Devisenmangel zu überwinden und die Zins- und Tilgungsverpflichtungen leisten zu können: Die Verschuldungsspirale war in Gang gesetzt, die Schranken außenfinanzierter Industrialisierungsschübe angezeigt. Viele der verschuldeten Länder bewegen sich seitdem am Rande des finanziellen Kollapses; ihre Volkswirtschaften sind einer »verstümmelten Industrialisierung« unterworfen; viele Nationen haben längst große Teile ihrer Souveränität an Aufsichtsbeamte des IWF abtreten müssen; das soziale Elend hat sich noch weiter verschlimmert.

*Thomas Hurtienne* versucht in seinem Beitrag unter Heranziehung des Fordismus- bzw. Regulationsansatzes (vgl. dazu den Beitrag von Alain Lipietz in PROKLA 58), die unterschiedlichen Verarbeitungskapazitäten der Verschuldungs- und Akkumulationskrise am Beispiel einiger lateinamerikanischer Länder herauszuarbeiten. Eine solche mittlere Ebene der Analyse, soweit sie auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Wege in die Krise und eventueller Wege aus der Krise im Rahmen einer Strukturanalyse abhebt, könnte ein Baustein für eine adäquate Weiterentwicklung einer Theorie der Weltwirtschaft darstellen.

Die optimistische Entwicklungsperspektive, die *Hurtienne* vor allem Brasilien, mit 100 Mrd. US-Dollar das höchstverschuldete Schwellenland, zuschreibt, dürfte jedoch dann mit einigen Fragezeichen zu versehen sein, sobald der »Fall Brasilien« in den Zusammenhang der weltwirtschaftlichen Entwicklungsdynamik gestellt wird. Denn trotz langfristiger Umschuldungsvereinbarungen ist das Damoklesschwert der internationalen Verschuldungskrise weder beseitigt noch ist die Hegemonialkrise der USA, eine der zentralen Grundlagen der weltwirtschaftlichen Krisenkonstellationen, überwunden. Der augenblicklichen Stärke des US-Dollar und des ausgeprägten Konjunkturaufschwungs der US-Ökonomie zum Trotz ist die Position der USA fragiler denn je. Die Verschiebung der materiellen Basis der US-Hegemonie von einer produktiven Überlegenheit zu einer monetären Despotie unterhöhlt die

Weltwirtschaft als Ganzes: Zur Finanzierung ihres Defizits in der Handelsbilanz und ihrer enormen Staatsverschuldung sind die USA dringlich auf ausländisches Geldkapital angewiesen. Die Verkehrung der traditionellen Gläubigerposition der USA in eine Nettoschuldnerposition, wie sie von *Alex Schubert* dokumentiert und analysiert wird, verkörpert eine der tiefgreifendsten Strukturveränderungen der Weltwirtschaft in der Nachkriegszeit und bewirkt eine Verfestigung des historisch unbekannt hohen Zinsniveaus sowie eine Stabilisierung des hohen Kurses der US-Währung. Die realwirtschaftliche Kehrseite dieser monetären Magnetwirkung ist eine Verbilligung der Importe in die USA, wodurch sich die schleichende De-Industrialisierung vieler Sektoren der US-Wirtschaft noch verstärkt, also ein relativer Verlust an produktiver Basis eintritt, der allein durch monetäre Faktoren verdeckt wird. Zur gleichen Zeit werden den verschuldeten Ländern der Dritten Welt dringlich notwendige Neukredite verwehrt und diese sogar teilweise in die Rolle von Nettokapitalexporteurern gezwungen. Die 500 Mrd. US-Dollar Außenverschuldung, die von den USA bis 1986 eingegangen werden, entziehen der Weltwirtschaft Liquidität und tragen über ihre Zinswirkungen zu einer Befestigung des Mißverhältnisses von realer und monetärer Akkumulation, und damit natürlich auch zu einer Verfestigung der Beschäftigungskrise bei. Die Wahrscheinlichkeit für eine weitere pathogene Entwicklungsdynamik der Weltwirtschaft in den achtziger Jahren, so die Befürchtungen von *Alex Schubert* und *Stephan Krüger* dürfen nicht verkannt werden. In einen solchen Rahmen gestellt, muß allerdings dann auch die analytische Reichweite von Einzelfallanalysen eingeschränkt werden.

Die Hegemoniekrise der USA darf nicht ökonomisch verkürzt analysiert werden. Hegemonie als weltwirtschaftliches Konzept definiert sich nicht allein durch ökonomische Potenz und die Fähigkeit zur Aufrechterhaltung und Gewährleistung reproduktionsfähiger Produktions-, Tausch- und Kreditstrukturen; hegemoniale Systeme sind auch immer durch militärische und politisch-ideologische Faktoren gekennzeichnet. Insoweit ist es keine bloße Zufälligkeit, daß der »zweite Kalte Krieg« (Halliday) und die Neukonzeptualisierung der US-amerikanischen Militärdoktrin mit der Phase eines weltwirtschaftlichen Strukturbruchs zusammenfallen. Die Verschiebung des Machtzentrums innerhalb der USA, verkörpert in der Reagan-Administration und die sie tragenden gesellschaftlichen Gruppen und Kapitalfraktionen, bringt einen neuen Zugriff auf definierte Einflußsphären mit sich. Auch wenn zwischen dieser Kräfteverschiebung und der US-amerikanischen Außenpolitik kein mechanischer Zusammenhang konstruiert werden kann, so läßt sich doch überzeugend nachweisen, daß sich Konzepte und Zugriffsformen der US-Regierung seit Beginn der achtziger Jahre verändert haben. Nicht zuletzt die Verlagerung des Machtzentrums der USA in die sunbelt-Staaten (zur Veranschaulichung: Allein Kalifornien ist, für sich genommen, die sechstgrößte westliche Volkswirtschaft), hat dem pazifischen Raum, und dabei auch dem »Vorhof« Mittel- und Lateinamerika, eine neue Bedeutung verliehen. Im Rahmen eines weltwirtschaftlichen Hegemonialkonzeptes dürften solche internen politischen und ökonomischen Strukturverschiebungen nicht außer Betracht gelassen werden. Die stofflich-technologischen Grundlagen eines neuen langen Aufschwungs, die von Theoretikern der Langen Wellen (Alfred Kleinknecht in PROKLA 57) mit der Mikroelektronik gleichgesetzt werden, stellen jedenfalls die erste Basisinnovation einer neuen »technologischen Revolution« dar, die weder in Europa noch im Rahmen der atlantischen Kapitalstrukturen hervorgebracht wurde. Einige wenige vorläufige Fragestellungen und Theorieperspektiven wurden einleitend vorzutragen versucht; einige dieser Aspekte werden in den Beiträgen dieses Heftes diskutiert. Es wäre aus theoretischen wie politischen Gründen wünschenswert, wenn auf diesem Wege da-

zu beigetragen werden könnte, einen neuen Diskussionsprozeß über die Analyse der wirtschaftlichen Widersprüche zu eröffnen.

In der nächsten Prokla wird *Gerd Junne* die Diskussion um Abhängigkeiten und Entwicklungsmöglichkeiten auf dem Weltmarkt durch den Einsatz neuer Technologien fortsetzen. Außerhalb des Schwerpunktthemas setzt sich *Thomas Mitschein* kritisch mit der relativ hoffnungsvollen Analyse der brasilianischen Gewerkschaften von R. Doleschal (PROKLA 55) auseinander. *Wieland Elfferding* diskutiert in seinem Beitrag einige Grundkategorien der Parteientheorie, wie sie von R. Stöss / H. Schmollinger (in PROKLA 56) entwickelt wurden.

*Die Redaktion*